Haushaltsrede 2026, Stadtkämmerer Matthias Bücker:

1. Aktuelle wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Sehr geehrter Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren des Rates,
verehrte Medienvertreter,
liebe Besucherinnen und Besucher dieser Ratssitzung,
vor allem auch liebe Auszubildende,

beginnen möchte ich meine Haushaltsrede in diesem Jahr mit einem Blick auf die Haushaltslage aller Kommunen in Deutschland:

Folie „öffentliche Defizite der Deutschen Kommunen“

Der Grafik können Sie entnehmen, dass die deutschen Kommunen in den Jahren 2015 bis 2022 jeweils Überschüsse erwirtschaften konnten. So war es auch in Greven der Fall und das sollte nach meinem Grundverständnis auch der Regelfall sein. Seit 2023 hat sich die Situation allerdings gedreht und ab dem Jahr 2024 sogar dramatisch verschlechtert. In 2024 lag das Defizit bereits bei dem Rekordminus von -24,8 Milliarden EUR. Leider war das kein einmaliger Ausreißer. Allein im ersten Halbjahr 2025 mussten die Kommunen bereits ein Defizit von -19,7 Milliarden EUR verzeichnen und die derzeitige Prognose geht von bis zu -30 Milliarden EUR zum Jahresende 2025 aus.
Damit werden die Überschüsse der vergangenen guten 8 Jahre innerhalb von weniger als drei Jahren mehr als aufgebraucht und der negative Trend wird sich nach den aktuellen Prognosen noch fortsetzen.

Daran ist mehr als deutlich zu erkennen in welch bedrohlicher Situation sich die deutschen Kommunen befinden. Es zeigt deutlich die strukturelle Unterfinanzierung der Kommunen auf.

Was kann man da nun machen? Manchmal lohnt ja ein Blick auf andere Länder, um sich Anregungen zu holen, wie man damit umgehen könnte. Einen extremen Ansatz hat sich Donald Trump nach seinem Amtsantritt einfallen lassen:

Folie „Lösungsansatz in den USA“

Sie sehen Elon Musk bei seinem Ihnen vielleicht bekannten Auftritt mit „Kettensäge für Bürokratie“ als neuen Leiter der neuen Amerikanischen Effizienzagentur Doge. Nun ja, viel Getöse, aber richtig erfolgreich war die Effizienzagentur offensichtlich nicht. Amerika musste gerade den längsten Haushalts-Shutdown der Amerikanischen Geschichte überwinden.

Auch hierzulande ist offensichtlich auch bei Bund und Land angekommen, dass die Finanzsituation dramatisch ist und dringend Reformen erforderlich sind.

Folie „Kommunalkongress DStGB: Starke Kommunen möglich machen“

Der diesjährige Kommunalkongress des Deutschen Städte- und Gemeindebundes im Juni stand unter dem Motto „Starke Kommunen möglich machen“
Unser Bundeskanzler Friedrich Merz hat dort bekräftigt, dass er das Verhältnis zwischen Bund, Land und Kommunen neu justieren möchte.

Zudem hat er betont: „Wir müssen Aufgaben und mit den Aufgaben die Ausgaben prüfen.“

Dies hat er im Zusammenhang mit dringend nötigen Reformen, insbesondere im Bereich des Sozialstaats gesagt, da die Steigerungsraten der vergangenen Jahre von bis zu 10 Prozent nicht mehr hinnehmbar seien. Dabei sollen Wege gesucht werden, wie den zu Recht Bedürftigen genauso Rechnung getragen wird, wie der Leistungsfähigkeit der öffentlichen Haushalte.

Bislang muss ich allerdings auch hier resümieren, dass es weitestgehend bei Ankündigungen geblieben ist. Die konkreten großen Reformen lassen noch auf sich warten und damit auch die Entlastung der Kommunen.

Was die Finanzierung der laufenden Kommunalen Haushalte betrifft, ist von Land und Bund weiterhin viel zu wenig Unterstützung zu verspüren. Reine Ankündigungen und warme Worte helfen uns vor Ort leider nicht weiter.
Dabei spielen gerade die Kommunen vor Ort eine ganz wichtige Rolle zur Aufrechterhaltung und Stärkung der Demokratie.

Vor Ort sind wir also (zumindest noch) gefordert uns selbst zu helfen. Was wir Ihnen dazu vorschlagen werde ich Ihnen am Ende meiner Rede vorstellen. Zunächst aber zu den aktuellen Zahlen, damit Sie unsere konkrete finanzielle Situation einordnen können:

2. Die wesentlichen Haushaltsdaten

2.1 Gesamtergebnisse

Folie „Ergebnisplan“

Für das aktuelle Haushaltsjahr 2025 sieht der Haushaltsplan ein Jahresfehlbetrag in Höhe von rd. -17,3 Mio. EUR vor. Mit dem Halbjahresbericht 2025 konnte ich allerdings mitteilen, dass wir unterjährig von einer besseren Haushaltsentwicklung ausgehen können. Beim Halbjahresbericht lag die Prognose zum Jahresende bei -11,9 Mio. EUR. Im Wesentlichen auf Grund von höheren Gewerbesteuererträgen und Kostenerstattungen.

Für das Jahr 2026 sah die bisherige Planung mit dem Haushalt 2025 einen Jahresfehlbetrag in Höhe von -12,1 Mio. EUR vor. Das ist unsere Ausgangssituation für die neue Haushaltsplanung für das Jahr 2026.

Nachdem wir nun alle aktualisierten Haushaltsanmeldungen vorliegen haben, weist der Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2026 mit -9,2 Mio. EUR ein um 2,9 Mio. € besseres Jahresergebnis als ursprünglich geplant aus. Auch wenn der Grafik eine positive Tendenz zu entnehmen ist, verbleibt weiterhin ein sehr hohes negatives Jahresergebnis.

2.2 Planvergleich: Wesentliche Veränderungen 2025/2026

Warum das Ergebnis etwas besser ausfällt, möchte ich Ihnen mit den nächsten beiden Folien zu den wesentlichen Verbesserungen und Verschlechterungen zur bisherigen Planung darstellen:

Folie „größte Verbesserungen“

Die mit Abstand größte Verbesserung ist bei den Schlüsselzuweisungen zu verzeichnen. Hier bekommen wir 5,5 Mio. EUR mehr als geplant. Dies

liegt allerdings daran, dass sich unsere Steuereinnahmen im Vergleich zu allen anderen Kommunen in NRW im Durchschnitt der letzten Jahre deutlich schlechter entwickelt haben.

Weitere Verbesserungen sind bei den Steuererträgen, konkret bei der Einkommen- und Gewerbesteuer zu verzeichnen.

Zudem fällt der geplante Zinsaufwand (noch) deutlich geringer aus als geplant, weil sich vorgesehene Darlehensaufnahmen nochmal verschoben haben.

Die letzte größere Verbesserung betrifft das Jugendamt und dort die Hilfen zur Erziehung mit +0,3 Mio. EUR.

Trotz dieser erheblichen Verbesserungen, insbesondere bei den Schlüsselzuweisungen, hat sich unser geplantes Jahresergebnis „nur“ um 2,9 Mio. EUR verbessert, da wir auf der anderen Seite auch einige Verschlechterungen zu verzeichnen haben.

Folie „größte Verschlechterungen“

Die mit Abstand größte Verschlechterung (wie leider so oft) betrifft mit -1,8 Mio. EUR die Höhe der Kreisumlage. Die Kreisumlage macht damit mittlerweile einen Umfang von sage und schreibe 25,6 Mio. EUR und damit als Einzelposten über 17 % unseres gesamten Haushaltsvolumens aus. Einziger Trost in diesem Zusammenhang. Sollte der LWL seinen Umlagebetrag per Nachtragssatzung nach unten anpassen, hat der Kreis zugesagt diese Verbesserung eins zu eins an die Kommunen

weiter zu geben. Das könnte für Greven rund eine halbe Millionen Euro ausmachen.

Im Bereich des Personal- und Versorgungsaufwandes gehen wir von einer Verschlechterung in einer Größenordnung von rund 0,7 Mio. EUR aus. Dies liegt im Wesentlichen an den geplanten Tarif- und Besoldungssteigerungen. Nähere Informationen zum Bereich Personal können Sie auch dem heute vorgelegten Stellenplan entnehmen.

Die nächste große Verschlechterung betrifft den Anteil an der Einkommensteuer, wo wir auf Basis der aktuellen Steuerschätzung von geringeren Erträgen in Höhe von -0,6 Mio. EUR ausgehen müssen.

Die weiteren großen Verschlechterungen betreffen mit jeweils 0,4 Mio. EUR die Bereiche Asyl, Rettungsdienst und Digitale Transformation.

Lassen Sie uns nun einen Blick auf die mittelfristige Entwicklung der Jahresergebnisse werfen. Diese Tendenz ist aus meiner Sicht mindestens genauso wichtig, wie die Prognose für das Jahr 2026.

2.3 Mittelfristige Planung

Folie „Mittelfristige Planung“

In der folgenden Grafik sehen Sie die Jahresergebnisse der mittelfristigen Planung bis 2029 im Vergleich zur bisherigen Planung.

Zunächst die positive Botschaft. Auch mittelfristig fallen die Jahresergebnisse in 2027+2028 mit -6,2 und -6,3 Mio. EUR besser aus als ursprünglich geplant.

Es ist allerdings auch eine Entwicklung zu erkennen, die mir große Sorgen bereitet.
Entgegen der Planungen der vergangenen Jahre ist ab 2027 die Tendenz bei den Jahresergebnissen nicht positiv, sondern negativ. Dies liegt insbesondere daran, dass in den kommenden Jahren die Zins- und Abschreibungsbelastungen der anstehenden Großinvestitionen das Jahresergebnis spürbar belasten werden. Zu den Investitionen werde ich gleich noch näher kommen.

Über den Planungszeitraum von 2026 bis 2029 summieren sich die negativen Jahresergebnisse auf insgesamt -29 Mio. EUR.

Wie wirkt sich dies nun auf unseren Haushaltsstatus und damit auf unsere tatsächliche kommunale Handlungsfähigkeit aus. Dazu ist zunächst ein Blick auf die Entwicklung unseres Eigenkapitals erforderlich.

2.4 Entwicklung des Eigenkapitals

Folie „Entwicklung Eigenkapital“

Sie sehen in der Grafik die Unterteilung des Eigenkapitals in die allgemeine Rücklage (blaue Säulen) und in die Ausgleichsrücklage (orange Säulen), die eine Art Risikopuffer darstellt.

Die positiven Jahresergebnisse der vergangenen Jahre haben dazu geführt, dass wir zu Ende 2024 über eine Ausgleichsrücklage in Höhe von rund 67 Mio. EUR verfügen. Die geplanten Jahresergebnisse 2025 bis 2029 sorgen bei planmäßigem Verlauf dann allerdings für einen

deutlichen Rückgang der Ausgleichsrücklage auf rund 21 Mio. EUR. Die Ausgleichsrücklage wird also um mehr als zwei Drittel reduziert. Aber es verbleibt weiterhin eine Ausgleichsrücklage und damit unterscheiden wir uns Gott sei Dank noch von vielen anderen Kommunen in NRW.

Noch nicht berücksichtigt in der Grafik ist übrigens die voraussichtliche Ausbuchung der nach dem NKF-CUIG isolierten Beträge, da der Beschluss noch nicht gefasst wurde. Diese werden die allgemeine Rücklage nochmal um rd. 6,9 Mio. € reduzieren.

Wenn ich mit der nächsten Folie auf unseren Haushaltsstatus eingehe, zeigt sich wie wichtig die in den vergangenen Jahren aufgebaute Ausgleichsrücklage ist.

2.5 Haushaltsstatus

Folie „Haushaltsstatus“

Der gesetzlich vorgesehene Regelzustand wäre ein positives Jahresergebnis und damit ein originär ausgeglichener Haushalt.
Mit dem geplanten negativen Jahresergebnis in Höhe von -9,2 Mio. EUR gelingt es bei weitem nicht einen originär ausgeglichenen Haushalt aufzustellen.

Dank der vorhandenen Ausgleichsrücklage ist es allerdings möglich zumindest einen fiktiv ausgeglichenen Haushalt vorzulegen, da die negativen Jahresergebnisse der kommenden Haushaltsjahre weiterhin durch die Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage gedeckt werden können. Das meinte ich vorhin als ich von Risikopuffer gesprochen habe.

Bei diesen negativen Jahresergebnissen kaum zu glauben. Dies führt allerdings dazu, dass wir weiterhin voll handlungsfähig bleiben und mit keinerlei Restriktion seitens der Kommunalaufsicht zu rechnen haben.

Nochmal im Klartext: Wir zehren aktuell und auch mittelfristig von unseren aufgebauten Rücklagen. Aber auch eine noch so hohe Rücklage wird irgendwann aufgebraucht sein und es wäre fahrlässig erst in diesem Moment mit einer Gegensteuerung zu beginnen. Wir müssen uns daher zumindest mittelfristig konkrete Gedanken machen, wo wir Abstriche machen, welche Prioritäten wir setzen und in welchem Umfang wir die städtischen Einnahmen erhöhen müssen.

Die Entscheidungen, die wir jetzt mit dem Haushalt treffen, werden sich insbesondere auf die kommenden Generationen auswirken. Besonders bedeutende Entscheidungen stehen dazu im investiven Bereich an, zu dem ich jetzt kommen möchte:

3. Investitionen

3.1 Planungen in 2026

Folie „Investitionstätigkeit“

Im investiven Bereich planen wir für 2026 Einzahlungen in Höhe von rund 15,9 Millionen EUR.

Dem steht ein Investitionsvolumen in Höhe von rund 37,4 Millionen EUR gegenüber.

In Höhe des negativen Saldos von rund 21,5 Mio. EUR werden wir im nächsten Jahr langfristige Darlehen benötigen. Das gilt natürlich nur unter der Voraussetzung, dass alle Maßnahmen auch planmäßig umgesetzt werden. Zudem sind in dem Betrag investive Auszahlungen zur Ausgabe von Gesellschafterdarlehen an den GVVH-Verbund in einem Umfang von 9,4 Mio. € vorgesehen.

Noch entscheidender ist im investiven Bereich allerdings ein Blick auf die mittelfristige Planung. Mittelfristig ist sogar ein noch höheres Investitionsvolumen geplant.

3.2 Mittelfristige Investitionsplanung

Folie „Saldo aus Investitionstätigkeit 2026 bis 2029“

Sie sehen hier jeweils den Saldo aus Investitionstätigkeit. Also den Anteil der Investitionen, den wir aus kommunalen Mittel refinanzieren müssen.

Hier zeigen sich die Ihnen bereits bekannten großen Investitionsbedarfe. Bei vielen Großprojekten befinden wir uns aktuell noch in der Planungsphase. Mittelfristig werden dann die investiven Auszahlungen deutlich ansteigen, wenn wir in die Umsetzungsphase kommen. Die größten Einzelmaßnahmen der kommenden Jahre habe ich Ihnen auf den folgenden beiden Folien aufgeführt.

3.3 Investitionsschwerpunkte

Folie „Investitionsschwerpunkte 2026-2029“ (1/2)

Die ersten sechs Maßnahmen haben alle jeweils einen Umfang in zweistelliger Millionenhöhe. Ohne auf jede Maßnahme hier einzeln einzugehen, sehen Sie, dass es sich um Maßnahmen handelt, mit denen wir im Wesentlichen gesetzliche Pflichtleistungen erfüllen, insbesondere in den Bereichen Brandschutz, Schulen und Sport.

Bei der größten investiven Maßnahme, dem Rathausneubau mit Stadtbibliothek und Quartiersgarage befinden wir uns weiterhin in einem frühen Planungsstadium. Demnach ist die Validität der geschätzten Kosten noch nicht sehr hoch. Derzeit arbeiten wir intensiv daran noch Einsparpotenziale zu identifizieren, so wie es der letzte Rat noch beschlossen hat. Dieses Vorgehen halte ich auch für genau richtig. Gerade in einem frühen Planungsstadium macht es Sinn die Bedarfe und Standards nochmal kritisch zu hinterfragen, da hier noch der größte Spielraum auch für finanziell bedeutsame Veränderungen vorhanden ist. Diese kritische Grundhaltung der Politik würde ich mir auch bei den anderen großen investiven Maßnahmen wünschen. Hier höre ich leider oft noch Stimmen, wie „darf es nicht noch ein bisschen mehr sein“.
Ob wir im Ergebnis mit den 60 Mio. EUR für unsere größte investive Maßnahme auskommen werden, bleibt aber natürlich weiterhin ungewiss.

Folie „Investitionsschwerpunkte 2025-2028“ (2/2)

Die weiteren investiven Großmaßnahmen betreffen ebenfalls den Bereich Schulen, aber auch die Schaffung von

Unterbringungskapazitäten, die Entwicklung des Emsparks und den Umbau der Rathausstraße.

Allein die auf diesen beiden Seiten dargestellten Großmaßnahmen summieren sich schon auf über 180 Mio. € Investitionsvolumen.

Nun gibt es ja erfreuliche Signale im investiven Bereich. Der Bund möchte die Kommunen an seinem 100 Mrd. Sondervermögen partizipieren lassen, um Investitionen vor Ort zu fördern. Bei 100 Mrd. EUR könnte man ja erstmal auf die Idee kommen, dass uns dies vor Ort entscheidend weiterhelfen könnte. Den Medien konnten Sie auch bereits entnehmen, welchen Anteil die Stadt Greven zu erwarten hat. Immerhin einen Anteil von 17,1 Mio. EUR. Allerdings für einen Zeitraum von 12 Jahren, was aufs Jahr runtergebrochen nur noch 1,4 Mio. EUR ausmacht. Bei einer Investitionsförderung von 17,1 Mio. EUR und anstehenden Investitionen von weit über 180 Mio. EUR, können Sie selber Einschätzen wie sehr uns das helfen wird.
Der Erwartete „Gamechanger“ ist das für uns leider nicht.

Die genannten Maßnahmen basieren auf rechtlichen Vorgaben oder getroffenen politischen Beschlüssen. Ich glaube es dürfte selbsterklärend sein, dass wir bei diesen anstehenden Herausforderungen nicht darüber nachdenken müssen, was wir noch zusätzlich machen können. Im Gegenteil, bei dieser Größenordnung müssen wir aus meiner Sicht nochmal sehr kritisch hinterfragen, ob wirklich alle geplanten Maßnahmen in dem Umfang bzw. Standard zwingend erforderlich sind. So wie wir gerade zum Beispiel den Umfang und die Standards beim Rathausneubau hinterfragen.

Neben den finanziellen Konsequenzen wird ein weiterer Engpass im Übrigen auch sein, ob wir die anstehenden Maßnahmen überhaupt mit unserem vorhandenen Personal in dem zeitlichen Rahmen umsetzen können.

Ich wiederhole es daher erneut, auch wenn Sie es vielleicht nur ungerne hören möchten. Wir werden Prioritäten setzen und vor dem Hintergrund der veränderten Rahmenbedingungen vielleicht auch getroffene Entscheidungen nochmal hinterfragen müssen!

4. Verschuldung

Sehr deutlich dürfte das nochmal bei einem Blick auf die Entwicklung der Verschuldung werden.

Folie „Schuldenentwicklung 2025 bis 2029“

Zuletzt konnten wir unsere Verschuldung deutlich reduzieren. Ende 2025 werden wir voraussichtlich noch eine Verschuldung von rd. 78,5 Mio. € verzeichnen.
In den kommenden Jahren wird die Verschuldung allerdings wieder dramatisch ansteigen, was Sie der Grafik deutlich entnehmen können.
Die negativen Jahresergebnisse führen auf der einen Seite zu einem Anstieg der Liquiditätskredite auf rd. 68 Mio. EUR im Jahr 2029. Dieser Verschuldung steht auch keinerlei Gegenwert gegenüber.

Die geplanten Investitionen führen auf der anderen Seite zu einem Anstieg der Darlehen auf rd. 136 Mio. EUR Ende 2029. Also ein Anstieg um über 82 Mio. EUR.

Hier zeigt sich die negative Haushaltssituation und vor allem die weiteren Herausforderungen in den kommenden Jahren ganz deutlich. Unser Schuldenstand wird sich demnach innerhalb kürzester Zeit mehr als verdoppeln, wenn wir nicht zwischenzeitlich gegensteuern.

Die hohen Investitionen und die damit verbundene Verschuldung werden in den kommenden Jahren zu deutlich höheren Abschreibungen und Zinsen führen und die Jahresergebnisse über Jahrzehnte belasten. Die ersten Auswirkungen konnten Sie bereits in der mittelfristigen Ergebnisplanung sehen. Das ist aber noch lange nicht das Ende der Fahnenstange.

5. Fazit und Schluss

Folie „Fazit“

Meine Damen und Herren,

ich komme zu meinem Fazit:

Trotz weiter schlechten Rahmenbedingungen gelingt es einen fiktiv ausgeglichenen Haushalt aufzustellen.

Dies ist allerdings nur möglich, indem wir von unseren Rücklagen zehren. Damit leben wir aktuell deutlich über unsere Verhältnisse.

Außerdem stehen wir mit Blick auf die Investitionen vor erheblichen Herausforderungen in den kommenden Jahren

Im Sinne eines verantwortungsbewussten Umgangs mit der aktuellen Situation ist es umso mehr erforderlich sich nun auf die wichtigen Dinge zu fokussieren und die richtigen Prioritäten zu setzen, um die Handlungsfähigkeit auch dauerhaft zu erhalten.

Das gelingt allerdings nicht von selbst. Konkret möchten wir dem neu gewählten Rat daher vorschlagen Anfang des kommenden Jahres in einen gemeinsamen Prozess zur Entwicklung strategischer Ziele für die kommenden Jahre einzutreten.
Die identifizierten strategisch wichtigen Themenfelder sollten dann die Bereiche sein, wo wir weiterhin auch einen finanziellen Schwerpunkt setzen.
Auf dieser Basis können wir dann aber auch identifizieren, welche Themenfelder nicht den besonderen Vorzug bekommen sollen. Hier werden wir dann gezielt kritischer hinschauen können und müssen, im Sinne eines verantwortungsbewussten Umgangs mit den knappen Ressourcen.

In den vergangenen Jahren konnten wir eindrücklich zeigen, was es bedeutet selbstständig handlungsfähig zu sein. Wir haben gemeinsam sehr viele wichtige Projekte auf den Weg bringen können. Hier denke ich zum Beispiel an die vielen Großinvestitionen zur Sportförderung, die Erweiterung und Digitalisierung unserer Schulen, die neuen Gemeinschaftseinrichtungen in Reckenfeld und Gimbte, um nur ausgewählte Großinvestitionen zu nennen. Unser diesjähriges Jubiläumsjahr hat uns auch eindrücklich gezeigt, wie viel Ehrenamtliches Engagement unserer Heimat bereichert. Erst vor wenigen Tagen konnten wir zudem 25 Jahre Kulturzentrum GBS und 50 Jahre Hallenbad Greven feiern. All das sollten wir nicht leichtfertig aufs Spiel setzen.

Diese Leuchttürme sollten uns doch als positive Beispiele Motivation genug sein, um die Handlungsfähigkeit vor Ort zu erhalten.

Meine Damen und Herren,
ich bedanke mich wie immer bei den Kolleginnen und Kollegen innerhalb der Verwaltung für die gute und verlässliche Zusammenarbeit bei der Erstellung des Haushalts.

Nach einer besinnlichen Weihnachtszeit und einem guten Start ins neue Jahr, wünsche ich uns gemeinsam eine gute und konstruktive Etatberatung. Lassen Sie uns die anstehenden Herausforderungen gemeinsam konstruktiv angehen!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!